

Mainz will mehr Geld für Wohnungen

Der Verhandlungspoker über einen Kauf der rund 2 800 Wohnungen der Wohnbau Mainz in AKK durch die Stadt Wiesbaden geht weiter. Zwar hat die Stadt Wiesbaden der Stadt Mainz ein Kaufangebot unterbreitet. Wie aus Presseberichten zu entnehmen ist, ist das Angebot allerdings den Stadtoberen in Mainz zu gering. Deshalb spielt man offensichtlich mit dem Gedanken, den Verkauf der Wohnungen öffentlich ausschreiben zu wollen, was den Unmut des Wiesbadener Oberbürgermeisters Dr. Helmut Müller (CDU) hervorrief. Er habe dafür kein Verständnis und bedauere diese Haltung.

Zwar hat der Mainzer Finanzdezernent Kurt Merkator (CDU) die Darstellung, es sei ein öffentliches Bieterverfahren geplant, dementiert. Doch erhebt sich die Frage, was dieses Dementi Wert ist, wenn er in gleichem Atemzug seitens der Stadt



Wohnungen in AKK

Brief an den Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel

Kein Verkauf der Wohnungen in AKK an Heuschrecken

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Verlautbarungen in der Presse haben wir entnommen, dass der Aufsichtsrat der Wohnbau Mainz GmbH angeblich Ende dieses Monats über den „freien Verkauf“ der rund 2 800 Wohnungen der Wohnbau Mainz im Bereich von AKK beschließen will. Wie wir des Weiteren aus der Presse entnehmen konnten, liegt Ihnen inzwischen ein Kaufangebot der Stadt Wiesbaden für diese Wohnungen vor.

Als Interessenvertretung der Mieterinnen und Mieter, die auch im Bereich AKK mit regelmäßigen Mieterberatungen tätig ist, appellieren wir an Sie persönlich sowie an den gesamten Aufsichtsrat der Wohnbau Mainz GmbH, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, damit ein Verkauf der Wohnungen am freien Markt verhindert wird. Die Mieterinnen und Mieter der Wohnbau Mainz GmbH in AKK haben darauf vertraut, dass sie als Bewohner eines kommunalen Wohnungsunternehmens vor Kündigungen und überzogenen Mietforderungen auf Dauer geschützt sind. Sie haben ein großes Interesse daran, weiter Mieter einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu bleiben. Die Angst unter den Betroffenen, an private Investoren veräußert zu werden, ist ungeheuer groß. Diese Angst kann ihnen auch nicht durch Hinweise auf eventuelle besondere Auflagen im Kaufvertrag („Sozialcharta“) genommen werden. Alle Erfahrungen beim Verkauf öffentli-

cher Wohnungsbestände mit solchen vertraglichen Auflagen haben gezeigt, dass sie die Mieterinnen und Mieter letztendlich nicht ausreichend schützen können bzw. dass private Investoren immer wieder Schlupflöcher finden, um solche Auflagen zu umgehen.

Soweit uns bekannt ist, sind es keine zwingenden unternehmensbedingten Gründe, die den Verkauf der 2 800 Wohnungen erforderlich machen. Die Haushaltssanierung der Stadt Mainz darf aber nicht auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter in AKK vorgenommen werden.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sowie Ihre Kolleginnen und Kollegen im Aufsichtsrat der Wohnbau Mainz GmbH, das Angebot der Stadt Wiesbaden wohlwollend zu prüfen und daran mitzuwirken, dass die Mieterinnen und Mieter in AKK auch weiterhin in Ruhe und Frieden in ihren Wohnungen leben können.

Mit freundlichen Grüßen
Mieterbund Wiesbaden und Umgebung e. V.

Helmut Domann, 1. Vorsitzender
Jost Hemming, Geschäftsführer

Wiesbaden ein höheres Angebot verlangt. Von einem Verkauf für die von Wiesbaden gebotene Summe rate er ab, sagte Merkator. Es bleibe dann immerhin noch die Option auf ein Bieterverfahren, um einen höheren Preis zu erzielen. Falls auch ein Bieterverfahren zu keinem Erfolg führe, sollte man den Wohnungsverkauf sein lassen, erklärte Merkator.

Mieterbund fordert Verzicht auf Wohnungsverkäufe

„Die Stadt Mainz sollte aus wirtschaftlichen und politischen Gründen auf den Verkauf der rund 2 800 AKK-Wohnungen verzichten“, forderte der Geschäftsführer des Mieterbundes Wiesbaden, Jost Hemming. „Wir sind schon aus wohnungspolitischen Gründen gegen den Verkauf der AKK-Wohnungen an internationale Investoren und Kapitalgesellschaften. Ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt ist aber auch aus wirtschaftlichen Gründen

nicht nachvollziehbar“, sagte Hemming.

Bei einer vernünftigen Bewirtschaftung und Verwaltung der Wohnungsbestände könnten für die Stadtkasse attraktivere Einnahmen erzielt werden als durch den Verkauf dieses öffentlichen Tafelsilbers. Die Stadt Mainz solle sich ein Beispiel am Bund nehmen, der inzwischen davon Abstand genommen hat, das Gros seiner 7 000 Wohnungen in Berlin zu verkaufen. Die Mieteinnahmen seien nicht zu verachten, heißt es dort, weshalb die Wohnungen möglichst lange in der Hand des Bundes bleiben sollen. Außerdem bliebe die Gesellschaft für langfristige Ziele der Städte Mainz und Wiesbaden und im Interesse der Menschen erhalten.

„Der Verkauf von rund 2 800 Wohnungen gegen politische und wirtschaftliche Vernunft darf nicht zur abstrakten Durchsetzung finanzpolitischer Vorstellungen missbraucht werden“, erklärte Hemming. ■

Antwort von Oberbürgermeister Jens Beutel

Sehr geehrter Herr Domann, sehr geehrter Herr Hemming,

besten Dank für Ihr Schreiben vom 19. Februar 2008, in dem Sie sich für die Interessen der Mieterinnen und Mieter der in AKK befindlichen Wohnungen der Mainzer Wohnbau GmbH einsetzen.

Gerne bestätige ich Ihnen, was ich in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit immer wieder deutlich gemacht habe, dass nämlich die Mieterinnen und Mieter unseres kommunalen Wohnbauunternehmens vor Kündigungen und überzogenen Mietforderungen auf Dauer geschützt sind. Falls es überhaupt zu einem Verkauf der 2 800 Wohnungen im rechtsrheinischen Mainz kommen sollte, hat der Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner höchste Priorität. Ein Verkauf der Wohnungen an einen privaten Investor, ohne die Interessen der Menschen zu berücksichtigen, kommt für mich als Oberbürgermeister und für die Stadt Mainz nicht in Frage.

Derzeit werden die verschiedenen Optionen geprüft. Ob es tatsächlich zu einem Verkauf kommt, ist noch nicht beschlossen.

Seien Sie noch einmal versichert, dass ein Verkauf nur in Frage kommt, wenn daraus keine negativen Folgen für die Mieterinnen und Mieter resultieren. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in diesem Sinne dabei mithelfen, dass keine unnötige Verunsicherung entsteht, die jeglicher Grundlage entbehrt.

Für Ihren Einsatz danke ich Ihnen herzlich und verbleibe mit freundlichen Grüßen
Jens Beutel

Mieterbund Wiesbaden, Adelheidstraße 70, 65185 Wiesbaden, Tel. 06 11/71 65 47-0.
Verantwortlich für die Seiten 16–17: Jost Hemming

AUS EINEM SCHREIBEN

Nachfolgendes Schreiben ging Mitte Februar 2008 in der Geschäftsstelle des Mieterbundes Wiesbaden ein:

„Sehr geehrter Herr Domann, was lange währte, wurde endlich gut. Nachdem ich ein Jahr auf meine Gerichtsverhandlung wartete und danach noch über ein Jahr auf den Gerichtsvollzieher, der meine Kautions von Herrn N., meinem „reizenden“ ehemaligen Vermieter, eintreiben sollte, ging heute die letzte Rate auf meinem Konto ein ...

Ich möchte mich bei Ihnen ganz herzlich für die gute und liebenswürdige Beratung bedanken. Ohne Sie hätte ich mich nie getraut, mich zu wehren, und hätte es mir auch gar nicht leisten können. Es bleibt die angenehme Erfahrung, sich nicht alles gefallen lassen zu müssen, auch nicht von Leuten, die sich ein Heer von Anwälten leisten können.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und Ihrer Arbeit weiterhin viel Erfolg und viele Mitglieder. Ich empfehle Sie jedenfalls weiter.

Herzlichen Dank“



Claus Seibel

Prominente im DMB

Die Lokalredaktion der MieterZeitung beim Mieterbund Wiesbaden sprach mit Claus Seibel, ehemaliger Sprecher der ZDF-Heute-Nachrichten, über seine Mitgliedschaft im Mieterbund.

MZ: Herr Seibel, Sie sind Millionen Zuschauern als Sprecher der ZDF-Heute-Nachrichten bekannt. Jeder würde erwarten, dass Sie im eigenen Häuschen oder in einer Eigentumswohnung wohnen. Sind Sie aus Überzeugung Mieter geblieben

oder hat es sich einfach nur nicht anders ergeben?

Claus Seibel: Wir sind aus Überzeugung Mieter geblieben, weil uns andere Dinge immer wichtiger waren als Immobilienbesitz. Das hängt sicher auch mit meinem Kindheitserlebnis der Totalzerstörung des Elternhauses in Gießen zusammen.

MZ: Was war der Anlass, dass Sie vor nunmehr rund 30 Jahren Mitglied im Mieterbund Wiesbaden geworden sind?

Claus Seibel: Mir lag an kompetenter Beratung und Vertretung im Falle von Mietstreitigkeiten, die sich gottlob bisher nicht ergeben haben.

MZ: Hat man Ihnen bei der Lösung Ihrer Mietprobleme helfen können?

Claus Seibel: Mit gelegentlicher Beratung in Vertragsangelegenheiten durchaus.

MZ: Würden Sie den Mieterbund Wiesbaden weiterempfehlen?

Claus Seibel: Jeder Mieter sollte Mitglied sein und so den Mieterbund und damit die eigene Position stärken.